

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 92. Ratssitzung vom 30. November 2011**

**2018. 2011/342**

**Weisung vom 21.09.2011:**

**Liegenschaftenverwaltung, Überbauung Kalkbreite, Objektkredit für Gleisüberdeckung**

Antrag des Stadtrats

Für die Erstellung der Gleisüberdeckung (Tramhalle) auf dem Areal Kalkbreite, Quartier Aussersihl, gemäss Projekt und Kostenvoranschlag, werden die bisherigen Kredite von insgesamt Fr. 6 650 000.– für Projektierung und bauliche Vorleistungen (GR Nr. 2006/77 und GR Nr. 2009/61) um Fr. 9 126 000.– auf Fr. 15 776 000.– erhöht. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisstand 1. April 2010) und der Bauausführung.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

***Dr. Davy Graf (SP):** Seit 1978 hat sich der Gemeinderat bereits mehrmals mit der Kalkbreite im Zusammenhang mit dem kommunalen Wohnungsbau befasst. Mit der Abstimmung vom Sonntag haben sich drei Viertel der Zürcher Stadtbevölkerung für den kommunalen Wohnungsbau ausgesprochen. Die Tramschleife und das dazugehörige Depot soll weiterhin benutzt werden. Dementsprechend gross sind die dafür nötigen Vorleistungen. Bereits bei der Beratung des Baurechtsvertrages wurde gesagt, dass dieser nur Geltung erlange, wenn der Gemeinderat auch der Gleisüberdachung zustimmt. Obwohl die Erstellungskosten für diese Parzelle sehr hoch sind, ist der Landwert immer noch innerhalb der geltenden Richtlinien angesiedelt. Die Einstellhalle für die Trams wird finanziell klar von der oben zu stehenden Siedlung abgetrennt. Erstere wird von der Stadt bezahlt. Ein Teil des Treppenhauses soll einer gemeinschaftlichen Nutzung zugeführt werden und ist somit öffentlicher Grund. Ein kleiner Wehmuts-tropfen bleibt leider: Bei den Gewerberäumen wurden leider keine optimalen Lösungen für hindernisfreies Bauen gefunden. Trotzdem beantrage ich Ihnen Zustimmung zur Weisung.*

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)** moniert, dass alleine durch eine mehrmalige Diskussion desselben Projekts, dieses nicht besser werde. Für ihn gehe es hier nicht um die Frage, ob man für oder gegen den genossenschaftlichen Wohnungsbau sei, sondern um das konkrete Vorhaben.

Es sei richtig, dass beim Verzicht auf die Gleisüberdachung die Siedlung nicht gerade wohnlich, aber trotzdem realisierbar wäre. Aus diesem Grund stelle sich für ihn die Frage, ob man nicht die früheren Weisungen und die jetzige zusammen hätte behandeln müssen. Dann wäre der Betrag möglicherweise dem obligatorischen Referendum unterstanden.

Besonders stossend sei für ihn, dass die Genossenschaft von ihren Mietern den Verzicht auf den Besitz eines Autos und auf die Benützung eines anderen Autos verlange. Zudem dürften die Mieter nicht einmal ein Auto mieten. Das sei für ihn nicht tragbar, vor allem wenn die Stadt mit einem Baurechtvertrag involviert sei. Ansonsten sei er durchaus der Ansicht, dass eine Genossenschaft ihre Mietpraxis selbst bestimmen könne und diese akzeptiert werden müsse. Die Stadt müsse darauf achten, dass dies in Zukunft nicht ausgeschlachtet werde. Daher sei die Weisung, so wie sie jetzt ausgestaltet sei, grundsätzlich abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

**Kathy Steiner (Grüne):** Die Grünen sehen in der Überbauung Kalkbreite einen Gewinn für Zürich. Der Gemeinderat hat dem Baurechtsvertrag bereits zugestimmt, da es sich um ein überzeugendes Projekt handelt. Die grosse Zahl der Bewerbungen zeigt auch, dass eine grosse Nachfrage nach autofreiem Wohnen besteht. Ich wundere mich daher über die Scheu der Stadt, selbst ein solches Projekt anzureissen. Denn eigentlich müsste die Stadt in diesem Bereich eine Vorreiterrolle einnehmen. Daher unterstützen die Grünen den Objektkredit für die Gleisüberdachung, sodass in der Stadt Zürich endlich Wohnungen gemietet werden können, die nicht noch zusätzliche Kosten für einen Parkplatz generieren, der gar nicht beansprucht wird. Daher bitten wir Sie, die Weisung zu unterstützen.

**Dr. Davy Graf (SP)** erinnert daran, dass das Projekt 15 Mio. Franken koste, die Finanzkompetenz aber bei 20 Mio. Franken liege. Zudem sei es aufgrund der Lärmschutzmassnahmen nicht möglich, auf die Einstellhalle für die Trams zu verzichten. Er kenne auch kein anderes Gebäude in der Stadt, das über eine so grosse Einstellhalle verfüge, wenn auch nicht für Autos, aber für Trams.

**Thomas Schwendener (SVP):** Es macht mich doch etwas stutzig, dass die Weisung zur Annahme empfohlen, aber gleichzeitig geäussert wird, man könne dort wegen des Lärms nicht wohnen. Wenn das bereits bekannt war, muss dazu keine zweite Weisung unterbreitet werden. Denn damit werden aus meiner Sicht nur Kosten umverteilt, sodass es nicht auf den ersten Blick sichtbar ist. Das ist unehrlich und intransparent.

3 / 3

### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Dr. Davy Graf (SP), Referent; Präsidentin Dorothea Frei (SP), Vizepräsident Severin Pflüger (FDP), Marlène Butz (SP), Salvatore Di Concilio (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Daniel Meier (CVP), Niklaus Scherr (AL), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Matthias Wiesmann (GLP)  
Minderheit: Urs Fehr (SVP)  
Abwesend: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Erstellung der Gleisüberdeckung (Tramhalle) auf dem Areal Kalkbreite, Quartier Aussersihl, gemäss Projekt und Kostenvoranschlag, werden die bisherigen Kredite von insgesamt Fr. 6 650 000.– für Projektierung und bauliche Vorleistungen (GR Nr. 2006/77 und GR Nr. 2009/61) um Fr. 9 126 000.– auf Fr. 15 776 000.– erhöht. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisstand 1. April 2010) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Januar 2012)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat